

Bischöfe als Friedensvermittler

Auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil wurden die lateinamerikanischen Bischöfe noch weitgehend als „Kirche des Schweigens“ wahrgenommen. Doch auf ihrer Zweiten Generalversammlung, die vor 30 Jahren im kolumbianischen Medellín stattfand, fanden sie zu ihrer eigenen Sprache. Unter dem Thema „Die Kirche in der gegenwärtigen Umwandlung Lateinamerikas im Licht des Konzils“ wurden die Neuorientierungen des Konzils kreativ für den lateinamerikanischen Kontext umgesetzt. Methodisch folgen die 16 Dokumente Medellín's dem an „Gaudium et Spes“ angelehnten Dreischritt „Beschreibung der realen Situation – theologische Reflexion – konkrete Linien pastoralen Handelns“. Dabei erfaßten die Bischöfe in der Situationsanalyse die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit als größte Herausforderung: „Es ist nicht zu übersehen, daß sich Lateinamerika weithin in einer Situation der Ungerechtigkeit befindet, die man institutionalisierte Gewalt nennen kann, weil die gegenwärtigen Strukturen fundamentale Rechte verletzen. Es ist eine Situation, die vollständige, kühne, dringende und tiefgreifende erneuernde Umformungen fordert.“

Daraus ergab sich als wichtigster Impuls ein grundlegender Standortwechsel der Kirche auf die Seite der Armen, der später im Begriff der „Option für die Armen“ seinen Ausdruck fand und in die universale Sozialverkündigung der Kirche eingegangen ist. Was für das Konzil Öffnung zur Welt bedeutete, wurde in Medellín Öffnung zur Welt der Armen.

Der peruanische Theologe Gustavo Gutiérrez spricht im Rückblick auf Medellín vom „Erwachsenwerden der lateinamerikanischen Kirche“, Jon Sobrino aus El Salvador von einer „kopernikanischen Revolution“, die darin bestehe, daß Medellín die geschichtliche Situation von Armut und Unterdrückung mit der Heilsgeschichte und dem göttlichen Heilswillen in Verbindung gebracht habe. Damit wurde die Kategorie der Befreiung als umfassende Befreiung von Sünde, Knechtschaft, Elend und Unterdrückung zum Schlüsselbegriff.

Wird diese Zuordnung von profaner Geschichte und Heilsgeschichte ernst genommen, so umfaßt die Pastoral der Kirche auch die sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse. Die Kirche muß sich in die Politik einmischen, wenn die fundamentalen Menschenrechte verletzt werden und der Staat das Lebensrecht und die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr zu garantieren vermag. Dementsprechend befaßt sich eines der besten Kapitel von Medellín mit dem Thema „Frieden“. Es liegt auf der Linie der Enzyklika „Populorum Progressio“ Papst Pauls VI. (1967), die den Frieden als Werk der Gerechtigkeit sieht: „Der Kampf gegen das Elend ist der eigentliche Krieg, dem sich unsere Nationen stel-

len müssen.“ Als Konsequenz ist von der „sehr konkreten Verantwortung“ die Rede, die die Bischöfe für den Frieden übernehmen mußten.

Die Aktualität dieser Verantwortung der Kirche für Frieden und Gerechtigkeit wurde vor kurzem in Friedensverhandlungen zur Beendigung des Bürgerkriegs in Kolumbien unter Beweis gestellt. Kolumbien wird seit über 30 Jahren von einem Bürgerkrieg zerrissen und zerstört. Jährlich fallen mehr als 30 000 Menschen der Gewalt zum Opfer, über eine Million Menschen wurden zu internen Kriegsvertriebenen. Medellín gilt heute mit einer Mordrate von 310 auf 100 000 Einwohner im Jahr als die gefährlichste Stadt der Welt. Die letzten Regierungen haben weitgehend erfolglos versucht, Friedensverhandlungen mit den verschiedenen Guerillagruppen einzuleiten. Deshalb hat sich in den vergangenen Jahren in wachsendem Maß die Zivilgesellschaft für Frieden und Versöhnung mobilisiert. Die katholische Kirche spielte dabei zunehmend eine aktive Rolle. So veröffentlichten die kolumbianischen Bischöfe im Frühjahr 1998 eine Erklärung unter dem Thema „Die Friedenspastoral in der gegenwärtigen Situation des bewaffneten Konflikts in Kolumbien“. Darin ist, fast in Fortschreibung des Dokuments von Medellín, von einer Pastoral „des Lebens, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und des Friedens“ die Rede.

Diese Bemühungen führten vor kurzem zu von den Medien vielbeachteten ersten Friedensverhandlungen zwischen Führern der zweitgrößten Guerillagruppe „Nationales Befreiungsheer“ (ELN) und Vertretern der kolumbianischen Zivilgesellschaft aus den Bereichen der Wirtschaft, der Gewerkschaften, Universitäten und der Kirche. Die Treffen in Mainz im Juni und im Würzburger Kloster Himmelspforten im Juli 1998 standen unter der Schirmherrschaft von Bischof Karl Lehmann und Erzbischof Alberto Giraldo, den Vorsitzenden der Deutschen und der Kolumbianischen Bischofskonferenz. Moderatoren waren der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz Pater Hans Langendörfer und Bischof Emil Stehle von Santo Domingo de los Colorados in Ecuador.

Bischof Lehmann erinnerte in seinem Grußwort an die Dokumente von Medellín, die „unglaublich viele Aussagen der Hoffnung und der Versöhnung zwischen den verschiedenen Klassen“ enthielten. Hans Langendörfer sprach nach der „Vereinbarung von Himmelspforten“ von einem Durchbruch. Ein großer Fortschritt ist, daß Guerillaführer und Vertreter der kolumbianischen Gesellschaft erstmals an einem Tisch saßen und einige Schritte zur „Humanisierung“ des Bürgerkriegs vereinbart haben. Allerdings werfen die Inhalte der Vereinbarungen wie etwa der Verzicht auf die Entführung von Kindern, alten Menschen und schwangeren Frauen ein Licht darauf, welch unerträgliche Ausmaße die Gewalt in Kolumbien angenommen hat. So wies Langendörfer darauf hin, daß es auf dem noch langen Weg zu einem Frieden in Kolumbien umfassender politischer und sozialer Reformen bedarf. Der Kirche dürfte dabei auch weiterhin eine wichtige Rolle zufallen.

Martin Maier SJ